

Hörfunk berichtet live aus Harpstedt

Nordwestradio schaltet sich erneut in Stromleitungsdebatte ein

Von Jürgen Bohlken

HARPSTEDT - „Besorgte Bürger unter Strom – Bewohner der Wildeshäuser Geest machen gegen Stromtrasse mobil.“ So hat das Nordwestradio eine Live-Sendung aus dem Harpstedter Hotel „Zur Wasserburg“ thematisch überschrieben, die am Mittwoch, 19. Oktober, von 13.05 Uhr bis 14 Uhr über den „Äther“ geht.

Empfangen werden kann dieses gemeinsame Programm von Radio Bremen und des NDR auf der UKW-Frequenz 88,3 Megahertz. Bürger haben aber auch die Möglichkeit, selbst in die „Wasserburg“ zu kommen. Der Eintritt ist frei.

Bereits zum zweiten Mal geht es in der Sendereihe „Nordwestradio unterwegs“

um die von der E.ON Netz beantragte 380-KV-Leitung von Ganderkesee nach St. Hülfe. Modernieren wird wiederum Hans-Heinrich Obuch. Als Gesprächspartner interviewt er Dr. Anja Chales de Beaulieu, stellvertretende Pressesprecherin der E.ON Netz, Dr. Hartmut Voigt, Physiker am Ecolog-Institut Hannover, Colnrades Bürgermeisterin Hiltraud Lindemann und Samtgemeindebürgermeister Uwe Cordes.

Schwerpunktmäßig wird es wohl um die Argumente gehen, die für und wider Freileitung, kunststoffisoliertes Erdkabel (VPE) und gasisolierte unterirdische Leitung (GIL) sprechen – und damit auch um die Ergebnisse der Oswald/ForWind-Vergleichsstudie, die momentan in der öffentlichen Diskussion sind. Das „Nordwestra-

dio“ beleuchtet den Standpunkt der betroffenen Anlieger, die gesundheitliche Gefahren durch Elektromagnetische Felder fürchten, eine drohende Landschaftsveränderung verhindern wollen und es nicht wollen, dass im Falle eines oberirdischen Leitungsbaus – trassennah gelegene Häuser und Grundstücke erheblich an Wert verlieren.

Zur Sprache kommen wird aber ebenso die energiewirtschaftliche Seite. Laut Oswald/ForWind-Gutachten käme die von den Freileitungsgegnern geforderte GIL 4,66 Mal und das Erdkabel doppelt so teuer wie die „Überland“-Option. Für die E.ON Netz ist eine unterirdische Variante nur denkbar, wenn der Gesetzgeber es zuließe, die Mehrkosten auf den Strompreis umzulegen. ✓